

HUNGER IM KRIEG: DAS DRAMA

DES KOSOVO

International Protection

© María Fernanda Pérez Solla, International Protection
Machstrasse 8-10/1/2 • 1020 Wien -Austria
Telefon 43 1/729 3776 • Fax 1 240/248 7148

HUNGER IM KRIEG: DAS DRAMA DES KOSOVO

María Fernanda Pérez Solla, LL.M. (mfperezsolla@international-protection.org)

International Protection.

I) Einführung: Der Kosovo und das ehemalige Jugoslawien.

Eine Studie über Hunger und Armut im Kosovo, vor und nach der NATO-Intervention, ist nicht einfach anzustellen. Es besteht einem Mangel an Informationen im Bezug auf die wirtschaftliche Lage der Personen, die im Kosovo wohnen. Dieser Arbeit soll untersuchen, wie sich die Wirtschaft im Kosovo- vor und nach der NATO Intervention- entwickelt hat. Ich werde analysieren, welche Rolle der Hunger im Kosovo-Krieg hatte. Weiters werde ich die NATO Intervention analysieren, u.a. im Bezug auf die Argumente zur Legalität des Krieges und im Bezug auf die gegenwärtige wirtschaftliche Lage der Opfer, insbesondere der Frauen, die in Kosovo lebten. Meine These lautet, dass die Kosovo-Albaner durch die NATO nicht befreit wurden, sondern dass die NATO die Abhängigkeit des Kosovos durch Serbien und Montenegro perpetuiert hat, und damit auch die Armut in der Region.

Kosovo beheimatet eine komplizierte Mischung ethnischer Gruppen: Albaner (Katholiken, sowie Moslems), Serben, Roma, moslemische Slawen, Türken, nur um einigen zu nennen. Serben und Roma bleiben die vorherrschenden Minderheiten und sind heute die Gruppen, die am meisten der Gefahr von Belästigung und Einschüchterung ausgesetzt sind.

Während der achtziger Jahre äußerte Serbien Besorgnis über die Diskriminierung von Serben im Kosovo durch die Kosovo - Albanische Provinzregierung. Gleichzeitig äußerten die Kosovo-Albaner Besorgnis über die wirtschaftliche Unterentwicklung des Kosovos. Sie forderten größere politische Freiheiten und den Status einer jugoslawischen Teilrepublik für den Kosovo. Von 1981 an inszenierten die Kosovo-Albaner Demonstrationen, die durch das serbische Heer und die Polizeikräfte unterdrückt wurden.

Der Status des Kosovos ist heute eine schwierige Frage. Seit Jahren haben separatistische Kräfte im Kosovo, manchmal sogar mit Hilfe terroristischer Gruppierungen, gegen die jugoslawische Regierung und das Militär bzw. Paramilitär und Polizeikräfte des ehemaligen Jugoslawiens gekämpft.¹ Einige behaupten, dass die Situation im Kosovo an den griechischen Unabhängigkeitskrieg gegen die Türken erinnert, der nach 400 Jahren der ottomanischen Herrschaft um 1820 begann.²

Heute haben die Großmächte vor einer unabhängigen Kosovo Angst. Sie behaupten, dass die "Zerstückelung" von Serbien und Montenegro den gesamte Balkan „destabilisieren“ werde. Insbesondere wünschen sie kein "Großalbanien." Der Westen sieht darin die Gefahr jener "Zivilisationskriege", die von Samuel Huntington vorausgesagt wurden.³

Am 2. Juli 1990 trafen sich 114 albanische Delegierte des Kosovo-Provinzrates auf der Straße, um eine Deklaration anzunehmen, die den Kosovo zu einem unabhängigen Teil innerhalb des ehemaligen Jugoslawiens erklärte.⁴ Der Status des Kosovos war dieser Deklaration nach derselbe wie jener Serbiens. Erwähnte Deklaration statuierte, dass der Kosovo eine Nation sei, was im Gegensatz zur früher von Jugoslawien verwendeten Terminologie von „Nationalität“ oder „nationalen Minderheit“ stand. Die Delegierten widerriefen auch die

¹ Louis HENKIN, *Human Rights*, Foundation Press, New York, 1999, 733.

² Nicholas X. RIZOPOULOS, An Independent Kosovo: Waiting for Another Navarino? In: World Policy Journal Article, Band XV, Nummer 3 (1998)

³ Samuel P. HUNTINGTON, *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, Touchstone, London, 1998.

⁴ Lenard J COHEN, *Broken Bonds: The Disintegration of Yugoslavia*, Westview Press, Boulder, 1995, 121

Rechtsnormen des Provinzrates vom März 1989, die Kompetenzen an Serbien übertrug und einer verminderten Autonomie für den Kosovo innerhalb Serbiens vorsahen. Serbien wies die neue Deklaration der Kosovo-Delegierten zurück. Am 7. September 1990 wurde vom Kosovo-Delegierten die souveräne Republik Kosovo ausgerufen sowie ein neues Gesetz hinsichtlich deren politischen Organisation erlassen.⁵

Milošević erklärte, dass dem Kosovo territoriale Autonomie zustehe, aber nicht die Kompetenzen eines Staates. Insbesondere begrenzte Art. 135 der jugoslawischen Verfassung die Autonomie des Kosovos und ermächtigte Serbien, die Interessen der Republik Jugoslawien zu verteidigen.⁶ Jugoslawien lehnte außerdem die Fortsetzung der KSZE-Mission im Kosovo ab.⁷

Seit Februar 1998 begann Massaker gegen Zivilisten im Kosovo durch Sicherheitskräfte aus Serbien. Am 31. März 1998 ersuchte der UN-Sicherheitsrat durch Resolution 1160 die Behörden Jugoslawiens und die Kosovo-Albaner, eine politische Lösung zu erzielen, und weitere Verhandlungen zu beginnen. Die Resolution empfahl außerdem, die Ratschläge der Kontaktgruppe (die Vereinigte Staaten, Russland, das Vereinigte Königreich, Frankreich, Deutschland und Italien) zu berücksichtigen. Der Sicherheitsrat merkte Folgendes an:

"[W]ithout prejudging the outcome of that dialogue, with the proposal in the Contact Group statements of 9 and 25 March 1998 that the principles for a solution of the Kosovo problem should be based on the territorial integrity of the Federal Republic of Yugoslavia and should be in accordance with OSCE standards, including those set out in the Helsinki Final Act of the Conference on Security and Cooperation in Europe of 1975, and the Charter of the United Nations, and that such a solution must also take into account the rights of the Kosovar Albanians and all who live in Kosovo, and expresses its support for an enhanced status for Kosovo which would include a substantially greater degree of autonomy and meaningful self-administration."⁸

Am Anfang betonte der Sicherheitsrat seine Unterstützung für den Standpunkt der Kontaktgruppe: mehr Autonomie für den Kosovo, aber keine Unabhängigkeit. Warum? Ich

⁵ *Id.*, 125.

⁶ *Id.* 126

⁷ Resolution 855 (1993), UN Sicherheitsrat, 9. August 1993.

⁸ Resolution 1160 (1998), UN Sicherheitsrat, 31. März 1998, § 5.

habe die Gründe bereits erwähnt: die Furcht vor einem Großalbanien. In diesem Zusammenhang war die Schlussakte von Helsinki besonders nützlich, da sie die Unveränderbarkeit der Staatsgrenzen innerhalb Europas festlegt, auch wenn gleichzeitig viele Staaten viele andere Aspekte der erwähnte Schlussakte (insbesondere, was den Schutz der Menschenrechte betrifft) ignorieren. Gesetzmäßig bindend ist die Schlussakte von Helsinki nicht.

Weiter verlangte der Sicherheitsrat durch verschiedene Resolutionen⁹ eine Feuerpause und neue Verhandlungen zwischen den Parteien.¹⁰ Die Friedensinitiative von Rambouillet fand im Februar 1999 mit Unterstützung der Kontaktgruppe statt. Die Kosovo-Befreiungsarmee (UCK oder KLA) akzeptierte deren Inhalt, aber Milošević überschob die Umsetzung. Es wurde ein Referendum angesetzt, das drei Jahre später stattfinden sollte und in welchem der Status des Kosovos entschieden werden sollte, was auch die Unabhängigkeit als eine Möglichkeit inkludierte.

Bis zur Intervention der NATO am 24. März 1999 starben 2.500 Personen im Bürgerkrieg zwischen der serbischen Regierung und den ethnischen Albanern. Während der Bombardierung 1999 starben ungefähr 10.000 Personen, in der überwiegenden Zahl von Serben ermordete Albaner.¹¹ Vor den Luftangriffen gab es 230.000 gewaltsam vertriebene Kosovo-Albaner; am Ende des Konflikts war es 1.4 Millionen. 860.000 Personen befanden sich zu diesem Zeitpunkt in Lagern in Albanien und Makedonien.¹² Durch Resolution 1239 vom 14. Mai 1999 drückte

⁹ Resolution 1199 (1998), UN Sicherheitsrat, 28. September 1998 und Resolution 1207 (1998), UN Sicherheitsrat 17. November 1998, §.7.

¹⁰ Resolution 1203 (1998), UN Sicherheitsrat, 24. Oktober 1998, § 5: "the urgent need for the authorities in the Federal Republic of Yugoslavia and the Kosovo Albanian leadership to enter immediately into a meaningful dialogue without preconditions and with international involvement, and to a clear timetable, leading to an end of the crisis and to a negotiated political solution to the issue of Kosovo."

¹¹ Michael MANDELBAUM, A Perfect Failure: Nato's War against Yugoslavia, in: FOREIGN AFFAIRS, September/October 1999, 3.

¹² Michel KELLY, Kosovo is anything but a safe, secure environment in: THE SEATTLE TIMES, März 24, 2000. <http://www.balkanpeace.org/hed/archive/march00/hed17.shtml> (10/05/03). und OSZE Assessment on the Situation of Ethnic Minorities in Kosovo, Juli 1999 – October 2001, <http://www.osce.org/kosovo/documents/reports/minorities> (10/05/03)

der Sicherheitsrat Besorgnis über die humanitäre Katastrophe im Kosovo aus, aber mit einer deutlichen Referenz zur „Bundesrepublik Jugoslawien.“¹³

Die Luftangriffe durch NATO endeten am 10. Juni 1999. Am selben Tag nahm der UN Sicherheitsrat eine Resolution an, die die von der NATO geschaffenen Bedingungen akzeptierte. Dadurch wurde der Wille der Großmächte durch die Vereinten Nationen implementiert. Die Resolution 1244 (1999) erlaubte “the deployment in Kosovo, under United Nations auspices, of international civil and security presences...”¹⁴ Die “international security presence (...) with substantial North Atlantic Treaty Organization participation” hatte das Ziel “[to] establish a free environment for all people” im Kosovo “and to facilitate the safe return to their homes of all displaced persons and refugees.”(Annex 2, Para. 2)

Vor der Luftangriffe kämpfte der Kosovo für seine Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, mit den Beispielen von Kroatien, Bosnien und Slowenien im Auge. Gleichzeitig kämpfte Serbien für die Unverletzbarkeit der existierenden Grenzen. Obwohl die NATO darauf bestand, dass dem Kosovo mehr Autonomie zukommen sollte, erklärte sie unmissverständlich, dass der Kosovo einen Teil Jugoslawiens bleiben sollte. Die NATO wusste, dass die Unabhängigkeit des Kosovos auf Widerstand Russlands und Chinas stoßen würde, beides Staaten, die selbst mit separatistischen Tendenzen zu kämpfen haben.

Die Resolution 1244 (1999) erwähnte einmal mehr in ihrer Präambel, “the commitment of all Member States to the sovereignty and territorial integrity of the Federal Republic of Yugoslavia and the other States of the region, as set out in the Helsinki Final Act and annex 2.” Im nächsten Absatz unterstützte der UN Sicherheitsrat *substantial autonomy* und *meaningful self-administration* im Kosovo. Wieder war die Helsinki-Akte der Grund für die Verneinung des Unabhängigkeitsanspruches.

¹³ Der wichtige Paragraph lautet: „5. Emphasizes that the humanitarian situation will continue to deteriorate in the absence of a political solution to the crisis consistent with the principles adopted by the Foreign Ministers of Canada, France, Germany, Italy, Japan, the Russian Federation, the United Kingdom of Great Britain and Northern Ireland and the United States of America on 6 May 1999 (S/1999/516), and urges all concerned to work towards this aim;”

¹⁴ Resolution 1244 (1999), UN Sicherheitsrat, 10.Juni 1999, § 5.

Ein „Special Representative“ sollte die „Durchführung der Internationalen Zivilpräsenz kontrollieren“, die nähere Ausformulierung dieser Aufgabe sollte durch den Generalsekretär der Vereinten Nationen erfolgen. Zweck war die Installierung einer *interim Administration* für den Kosovo mit weitgehender Autonomie für die Bevölkerung des Kosovos innerhalb der Bundesrepublik Jugoslawien und eine vorübergehende Verwaltung während der Gründung, Beobachtung und Entwicklung der autonomen Institutionen, “to ensure conditions for a peaceful and normal life for all inhabitants of Kosovo.”

II) Kosovo als Armutshaus Jugoslawiens.

Kosovo besitzt, laut die Weltbank, reiche Mineral- und Naturre Ressourcen, mit fruchtbaren Böden. Nach dem 2. Weltkrieg begann die jugoslawische Regierung eine Umwandlung des Kosovos, mit Einführung einer zentralen Planung, von Industrialisierung und von Bergbau.¹⁵ 1948 lebten 80,90 Prozent der Bevölkerung von der Landwirtschaft.¹⁶ Mehr als 60 % der Bevölkerung wohnte auf dem Land. Kosovo war immer die ärmste Provinz des ehemaligen Jugoslawiens. Die jährliche Wachstumsrate des Bruttosozialproduktes lag zwischen 1947 und 1952 bei 0,7 Prozent.

Zwischen 1970-1980 war die Entwicklung des Kosovos eine Priorität der jugoslawischen Regierung unter Tito, dies u.a. durch Investitionen in Industrie und Infrastruktur, bzw. Bergbau and Rohstoffproduktion. In dieser Periode wurde die Leistungsfähigkeit des Sektors Industriebergbau um 1/3 bis 1/2 gesteigen. Jedoch trug der Kosovo zum gesamten Sozialprodukt Jugoslawiens nur 2,1 Prozent bei, obwohl der Bevölkerungsanteil 1979 7,8 Prozent 1979 ausmachte

¹⁵ The World Bank- Poverty Reduction and Economic Management Unit Europe and Central Asia Region, Report No. 21 784-KOS Kosovo, Federal Republic of Yugoslavia (Serbia and Montenegro) (Kosovo) Economic and Social Reforms for Peace and Reconciliation, Washington DC, February 1, 2001.

¹⁶ Christine KOHL und Wolfgang LIBAL, Kosovo gordischer Knoten des Balkan, Europaverl., Wien, 1992: 70 u. ff.

Der Zensus 1981 zeigte, dass die Bevölkerung des Kosovos 1.585.000 Personen betrug. 1,227,000 (77 %) waren Albaner und 210.000 (13 %), Serbien. 1991 hatte diese Disparität sich erhöht, mit 85-90 % Kosovo Albaner und 5-10 % Serbien.

Die Arbeitslosenrate war in Kosovo mit 43,4 Prozent auch 1983 die höchste in Jugoslawien. Die Arbeitslosenrate für Gesamtjugoslawien betrug 25,9 Prozent. 1985 war die Arbeitslosigkeit im Kosovo 3,33 mal höher als im jugoslawischen Durchschnitt. Vor allem in Serbien ist das Vorurteil, dass die albanischen Arbeitskräfte keine Arbeitsmoral haben, sehr verbreitet. 1988 war die Produktion pro Kopf des Kosovos nur 28 % des Durchschnitts des Jugoslawiens.

Seit 1989 als der Kosovo seine Autonomie verloren hat ging das Bruttosozialprodukt um 50 % zurück. Investitionen im Kosovo wurden gestoppt. Heute gibt es eine massive Desindustrialisierung. 1989 wurden viele Betriebe geschlossen, und die mehrheitlich albanische Belegschaft wurde gekündigt. In anderen Betrieben wurden nur die albanischen Facharbeiter durch Serben ersetzt. Wer bereit war, die Republik Serbien als seine Heimat anzuerkennen und dies mit seiner Unterschrift zu bekräftigen, konnte seinen Job behalten.¹⁷ Bis Mitte März 1992 wurden 223 albanische Industrieunternehmen durch „Sondermaßnahmen“ enteignet; 85000 Albaner haben ihre Arbeitsplätze verloren. Gleichzeitig wurde eine Reihe neuer Betrieben gegründet, um Serben und Montenegrinern neue Arbeitsplätze zu sichern. Etwa 900 neue Wohnungen wurden für diesen Arbeiter wurden gebaut. Rund 30.000 albanische Kleinengewerbetreibende erhielten Geldstrafen; ihre Geschäfte oder Lokale wurden für 6 bis 12 Monate gesperrt, wenn sie an Streiks oder Demonstrationen teilgenommen hatten. Viele, die ihren Arbeitsplatz verloren hatten, hatten auch ihrer Wohnung verloren. 1991 fuhren täglich viele junge Albaner nach Mazedonien, Kroatien, Slowenien und Serbien, um Arbeit zu finden und Geld für den Unterhalt der Familie zu

¹⁷ *Id.*, 136 u. ff.

verdienen. Für Altersrenten und Kindergeld müssen sie Anträge in serbischer Sprache verfassen und eine Loyalitätserklärung für die Republik Serbien unterschreiben. Der Fonds für kulturelle und soziale Zwecke des Kosovos wurden von der serbischen Administration für andere Vorhaben verwendet.

Bis September 1998 wurden mindestens 300.000 Personen vertrieben.¹⁸ Gemäß dem UN Hochkommissariat für Flüchtlinge, flohen 40,000 Kosovo Albaner nach Montenegro, 15,000 nach Albanen, und 20,000 nach Makedonien.¹⁹ Die jugoslawische Regierung verhinderte die Arbeit der Hilfsorganisationen im Kosovo. Dörfer wurden angegriffen und Häuser wurden verbrannt. Jugoslawien blockierte die Nahrungsmittelanlieferung und beschränkte den Zugang zu den Opfern des Konflikts. Verschiedene NGOs haben diese Fälle dokumentiert und einige Fälle sind auch aus den Anzeigen gegen Milosevic in Den Haag bekannt. Zum Beispiel attackierte die serbische Polizei 24.08.1999 einen PKW mit dem Zeichen „Doctors of the World“ der Mutter Theresa Gesellschaft. Drei Kosovo Albanische Mitarbeiter wurden ermordet. Im Juli 1999 befahl die Polizei einem PKW von Médecins Sans Frontiers, die Hilfe in eine serbische Flüchtlingszone zu liefern, und nicht an die Mutter Theresa Gesellschaft. Allerdings hat auch die KLA die Hilfe für die Serbische Bevölkerung blockiert.²⁰

III) Die NATO und die UN: die Auswirkungen der internationale Intervention.

Die internationale Entwicklung der Kosovo Krise zeigte den Mangel an Konsens in der internationalen Gesellschaft. Im Sicherheitsrat erklärten China und Russland, dass dieser Konflikt ein internes Problem des Jugoslawiens wäre. Die US waren auf der

¹⁸ Human Rights Watch, Position Paper II On The Kosovo Refugee Crisis April 15, 1999

¹⁹ Rachael Reilly, The World Has Failed the Kosovo Refugees, Refugee Policy Director for Human Rights Watch, in : The Wall Street Journal Europe Page 6 (1999) 04/09/99

²⁰ ICTY, Indictment Against Milosevic et al., Kosovo Case. 22 May, 1999, 29 June 2001, 17 October 2001.

Jagd nach Milosevic in ehemaligen Jugoslawiens. Die Konsequenz war, dass die internationalen Maßnahmen halbherzig waren.

Am 9. März 1999 hatte die Kontaktgruppe Jugoslawien 10 Tage Zeit gegeben: Jugoslawien sollte die Polizei zurückziehen, eine Feuerpause beginnen, dem Roten Kreuz und NGOs Zugang zu den Opfern erlauben, und einen Dialog mit den Kosovo Albaner beginnen. 24. März 1999 begann die NATO mit Luftschlägen gegen Jugoslawien. Darauf hin intensivierte Serbien die Schläge gegen Kosovo Albaner in Bela Crkva/Bellacërkvë, Mala Krusa/Krushë e Vogel, Velika Krusa/Krushë e Mahde, Dakovica/Gjakovë, Padaliste/Padalishte, Izbica/Izbicë, Vucitrn/Vushtrri, Meja/Mejë, Dubrava Gefägnis, Suva Reka/Suharekë, und Kacanik.²¹

Die Militäration gegen Jugoslawien wurde vom Sicherheitsrat nicht ausdrücklich autorisiert.²² Dies führte 1999 zu Auseinandersetzungen zwischen amerikanische Völkerrechtprofessoren der American Society of International Law. Nach Meinung vieler Experten sowie von China und Russland waren die NATO Schläge eine schamlose Verletzung des Völkerrechts, insbesondere von Art. 2(4) der UN Charta. Sie erklärten, dass die USA und NATO hatten die Luftangriffe mit Moral- und Sicherheitsargumenten rechtfertigten, aber nicht mit völkerrechtlichen Argumenten.²³ Nur haben die US und NATO verschiedene Sicherheitsratsresolutionen zitiert, die die Situation in Kosovo als „a threat for international peace and security“ in der Region darstellten. Zum Beispiel erklärte Ruth Wedgwood, dass „[w]hen an action is deemed morally urgent by a majority of states--even an action involving the use of force--it is likely to shape a legal

²¹ S/2000/177, Report of the Secretary General on the UNMIK, 3 March 2000. S/2000/538, Report of the Secretary General on the UNMIK, 6 June 2000; S/2000/1196, Report of the Secretary General on the UNMIK, 15 December 2000.; S/2002/62, Report of the Secretary General on the UNMIK, January 15, 2002. S/2002/436, Report of the Secretary General on the UNMIK, April 22, 2002, §105 et ff.

²² Henkin, 783.

²³ Paul Williams, & Michael Scharf, Legal Justification for the NATO Airstrikes against Yugoslavia, in : *Newsletter* (Interest Group on International Organizations of ASIL), Fall 1999, 272-274; Louis Henkin, Kosovo and the Law of "Humanitarian Intervention" in: *American Journal of International Law* v.93, no. 4, October 1999; Jonathan I. Charney, Anticipatory Humanitarian Intervention in Kosovo, in: *American Journal of International Law* v.93, no. 4, October 1999; Christine M. Chinkin, Kosovo: A "Good" or "Bad" War? In: *American Journal of International Law* v.93, no. 4, October 1999.

justification to match.“²⁴ Zusätzlich wurden NATO-Mitglieder wegen des Zielens auf Zivilisten und des Verwendens der „depleted uranium“ Waffen des Bruches der Genfer 1949 Konventionen beschuldigt. Außerdem wurden die Konvention über Völkermord zitiert und behauptet, dass der Angriff gegen die Serben einen Völkermord darstellte.

Jedoch sagten andere, dass die NATO-Tätigkeit auf humanitären Gründen und der Praxis der humanitären Intervention, als Entwicklung des Völkerrechts basierte. Die Autoren hatten einige Argumente zur Rechtfertigung der NATO Intervention entwickelt. Erstens könnte Art. 8 der Konvention gegen Völkermord eine gute Basis bilden: die Länder sind verpflichtet Völkermord zu verhindern und zu bestrafen (z.B., durch einen NATO Angriff). Zweitens könnte Art. 2(4) der UN Charta dahin gehend interpretiert werden, dass er nur Angriffe gegen die territoriale Integrität und politische Unabhängigkeit verbietet, nicht aber Angriffe aus humanitären Gründe. Drittens hatten einige Autoren angemerkt, dass Art. 2.4 der UN Charta nur um Staaten anzuwenden sei. Serbien und Montenegro wurden nicht als Staat im Sinne des Völkerrechts anerkannt, es wurde Serbien und Montenegro verweigert die Mitgliedschaft Jugoslawiens in der UN fortzusetzen. Schließlich wurde argumentiert, dass der Kosovo ein Recht auf Selbst- Bestimmung hatte, und Gewalt anzuwenden konnte, um dieses Recht wegen Menschenrechtsverletzungen durchzusetzen. Die NATO habe der Bevölkerung geholfen dieses Ziel zu erreichen.

Im April 1999 hatte Jugoslawien eine Klage vor dem Internationalen Gerichtshof (IGH) gegen die NATO Mitglieder eingebracht. Im Juni 1999 hatte der IGH erklärt, dass die Klage unzulässig sei, da des IGH in diesem Fall keine Zuständigkeit habe.²⁵ Die Erklärung beinhaltet keine Entscheidung über den NATO Angriff, aber es drückt das

²⁴ Ruth Wedgwood, "NATO's Campaign in Yugoslavia" in: American Journal of International Law v.93, no. 4, October 1999.

²⁵ Serbien/Montenegro könnte nicht eine Klage feststellen, weil er war nicht UNO Mitglieder.

Interesse des IGH am Verlust von Menschenleben im Kosovo und an der Gewaltanwendung in Jugoslawien.²⁶

Der Krieg endete am 10.6.1999, weil Jugoslawien die Bedingungen der NATO akzeptierte. Am selben Tag hatte der UNO Sicherheitsrat in Resolution 1244 anerkannt, die von der NATO auferlegten Bedingungen.

Der NATO Krieg verursachte neue Schwierigkeiten für den Kosovo. Der industrielle Output und die Landwirtschaft wurden zurückgeschlagen. Vieh kam um Tod oder verschwand; die Ernte wurde zerstört. Häuser und Infrastruktur im West-Kosovo wurden ebenfalls ernsthaft beschädigt.

Die Flüchtlingszahlen erhöhten sich. Vor dem Krieg lag die Bevölkerung 2.2 Mio. Der Krieg hatte 800,000 neue Flüchtlinge geschaffen, die nach Albanien, Bosnien, Makedonien, in anderen Provinzen des ehemaligen Jugoslawiens, und nach verschiedene andere Länder flohen. Es gab eine halbe Million „Internally displaced“ und mehr als 6000 Personen wurden getötet worden. Nach dem Konflikt begann ein massiver Exodus der Kosovo-Serben. Arbeitslosigkeit blieb weiterhin hoch.

Die Sicherheitsrat Resolution 1244, von 10. Juni 1999 über die UN Mission in Kosovo (UNMIK) beschäftigte sich mit der Unterstützung und dem Schütz der Minderheiten in Kosovo.²⁷ Ein 2002 Bericht des Arbeit- und Sozialministeriums zeigt, dass 57.1 % der Bevölkerung arbeitslos ist, die Hälfte in Armut lebt.

2003 waren noch 4,000 Personen verschwunden.²⁸ Nur 145 Leichen wurden gefunden und identifiziert. Viele Personen leiden noch unter emotionalen Problemen, die durch den Konflikt verursacht wurden.²⁹ Im September 1999 hat die US Centre for

²⁶ Case Concerning the Legality of the Use of Force (Yugoslavia vs. USA), Order on Request for the Indication of Provisional Measures, ICJ Reports 1999, §16-17.

²⁷ UNHCR/OSCE, Preliminary Assessment Of the Situation of Ethnic Minorities in Kosovo, 26 July 1999. See also the Second Assessment, dated September 6, 1999, and subsequent assessments of November 3 1999, February 9, 2000, May 31, 2000, October 23, 2000, March 26, 2001, August 2001, April 2002, March 2003.

²⁸ Deutsche Presse Agentur, 16 Apr 2003: More than 4,000 still missing four years after Kosovo conflict

²⁹ Alma Lama, 15 Apr 2003, Kosovo: Psychological wounds, Institute for War & Peace Reporting.

Disease Control [CDC] ein Bericht vorgelegt, nach dem 67 % des Kosovo Albaner unter psychologische Störungen leiden.

Die Kosovo Albaner sind fortgefahren, für mehr Autonomie zu kämpfen.³⁰ Die Ankündigungen einer Übertragung von Kompetenzen von UNMIK auf die Kosovo Albaner trifft immer wieder auf Widerstand, insbesondere von Seite der Serbien.³¹ Es ist klar, dass die serbische Bevölkerung eine Minderheit in Kosovo ist, und sich vor einer Kosovo Albanischen Regierung fürchten.³²

IV) Die Frauen aus Kosovo: Die Unabhängigkeit ist nicht alles

Vor die NATO Mitglieder ihre Intervention in Kosovo begonnen hatten, waren viele Kosovo Albanische Frauen Opfer von Vergewaltigung durch Serbische Soldaten geworden.³³ Viele NGO haben von diesen Fällen berichten. Die serbischen Soldaten umstellten die Dörfer und die Männer flohen in die Berge. Einige Frauen wurden von diesen Soldaten in Privathäusern festgehalten, wo sie Opfer von Vergewaltigung wurden.

Diese Verbrechen worden zwar gestoppt, aber die kosovarische Gesellschaft ist nach wie vor nicht einfach für Frauen.³⁴ Die Frauen haben immer die Serben für ihre Probleme verantwortliche gemacht, aber die Situation in der kosovarischen Gesellschaft hat sich nicht verbessert. Sie denken, dass ein unabhängige Kosovo ihre Probleme nicht lösen wird können. Sie sprechen über eine „Stagnation der Frauenmentalität“ im Kosovo. Heute gibt es einige Frauenbewegungen im Kosovo, die für neue

³⁰ Deutsche Presse Agentur, Kosovo Serbs protest UN's transfer of powers to local institutions, 3 Apr 2003

³¹ Alma Lama, Kosovo: Power transfer concerns, Institute for War & Peace Reporting, 17 April 2003.

³² Agence France-Presse (AFP), 17 Apr 2003: Belgrade rejects UN plan for transfer of powers in Kosovo

³³ AI Index, EUR 70/054/1998, A Human Rights Crisis in Kosovo Province, Human rights violations against women in Kosovo province Kosovo, 1 August 1998; Human Rights Flash #31, *Rape Of Ethnic Albanian Women In Kosovo Town Of Dragacin*, April 28, 1999, www.colorq.org/HumanRights/Kosovo/kosovo7.htm [3. Juni 2003]

³⁴ Julie Mertus, "Women in Kosovo: Contested Terrains," *Gender and Politics in the Western Balkans: Women and Society in Yugoslavia and the Yugoslav Successor States*, ed. Sabrina P. Ramet, University Park, PA: Penn 1999.

Geschlechtsrolle in der kosovarischen Gesellschaft, kämpfen, aber sie haben viele Kritiker. Die Kosovo Albaner fürchten, dass sie den Kampf für die Unabhängigkeit schwächen könnten. „Gender Journalisten“ wurden von der albanischen Presse kritisiert, z. B., als sie das Problem der Prostitution im Kosovo aufzeigten. Die Prostitution im Kosovo erhöhte sich und viele Frauen sehen in der allgemeinen wirtschaftlichen Krise keine andere Möglichkeit etwas zu verdienen. Frauen werden vernachlässigt, weil die „Nation“ andere Ziele hat.

V) Konklusionen

Ich habe zu Beginn angemerkt, dass das Studium der Armutproblematik im Kosovo schwierig war. Es gibt wenig Informationen. Weiter habe ich festgestellt, dass es nur zu Titoszeiten im Kosovo eine Entwicklungspolitik gab. Die jugoslawischen Regierungen und die Mächte (insbesondere, NATO), haben ein großes Albanien immer gefürchtet, und haben diese Region deswegen „vergessen“. Damit wurden die wirtschaftlichen Kennzahlen im Vergleich des anderen Regionen des ehemaligen Jugoslawiens immer schlechter.

Das NATO „Freiheits“ Bombardement hat nur mehr Armut generiert. Heute wird die wirtschaftliche Situation immer schlimmer, und nicht nur die Unabhängigkeit, sondern die Autonomie ist, nach 4 Jahre UN Mission eine offene Frage.

Der Hunger hat eine Rolle gespielt, vor und nach der NATO Intervention. Vor der NATO Intervention, hatte der Kosovo Regierung weniger Investitionen bekommen als die anderen Provinzen Jugoslawiens. Dies hatte die Armut im Kosovo gefördert. Nach der NATO Intervention, haben die serbische Regierung und die KLA, die Kosovo-Albaner und die Kosovo-Serben, die humanitäre Hilfe verhindert.

Abschließend kann man sagen, dass Frauen im Kosovo sich in einer sehr schwierigen Situation befinden. Sie waren Verwaltungsoffer des serbischen Heers

und der Polizei. Heute verhindert die Frage der Unabhängigkeit die „gender“ Fragen, weil die Politiker fürchten, dass die Kritik der Frauen die Unabhängigkeit verhindern könnte.

Der Angriff gegen das ehemalige Jugoslawien hat die Bevölkerung des Kosovos nicht befreit. Im Gegenteil, hat er mehr Armut geschaffen und die Abhängigkeit des Kosovos verstärkt.